

Nah an der Monarchie

International Die Trump-Regierung ist ein Symptom für die Krise der demokratischen Institutionen

Von Christian Lotz

Wir sollten die jetzige Regierung der Vereinigten Staaten nicht als einen Sonderfall und als Ausnahmeerscheinung der US-Politik betrachten, die es zu bedauern gilt, sondern diese als ein Symptom verstehen; und zwar als ein Symptom einer Krise ihres institutionellen Rahmens. Der Begriff der Krise ist als ein positives Phänomen verstehen, da in Krisen die Grenzen und Beschränkungen von bestehenden Institutionen in den Vordergrund treten und sichtbar werden. Krisen sind also hilfreich, Sachverhalte klarer zu betrachten, die ansonsten hinter der Oberfläche von alltäglichen Prozessen verschwinden.

Erstens landet in einem dualistischen System wie dem der USA jede linke Bewegung, die sich außerhalb der zwei Parteien, d.h. außerhalb der »Norm«, bewegt, unweigerlich in einer Sackgasse; und zwar weil jeder Versuch, die Bewegung in parlamentarische Macht umzusetzen, wieder dazu führt, Kandidat_innen der Demokratischen Partei zu unterstützen. Das bedeutet aber auch, dass der gesamte Rahmen akzeptiert werden muss, wie zum Beispiel die private Finanzierung von Politiker_innen und die horrenden Kosten jeder noch so kleinen Kampagne. Zudem: das politische System der USA ist auf dem Prinzip des »winner takes all« aufgebaut, d.h. dass grundsätzlich nur diejenigen Kandidat_innen ins System gelangen, die die Mehrheit bekommen. Daher sind in den US-Kammern kaum Vertreter_innen zu finden, die sich außerhalb der Mitte positionieren. Es gibt auch nur wenige wirklich politische Debatten mit linken Positionen, da alles ausgeblendet wird, das nicht zum »mainstream« gehört oder von den schon immer vertretenen Positionen abweicht.

Elizabeth Warren und Bernie Sanders sind Ausnahmen. Viele US-Demokrat_innen vertreten, jedenfalls wenn man es aus einer linken Perspektive betrachtet, stramm konservative Positionen. Grüne oder sozialistische Positionen haben kaum eine Chance, in den Kammern als eigenständige Parteien aufzutreten. So ist denn auch zu befürchten, dass die neue Protestbewegung, falls sie parlamentarische Positionen einnehmen will, ins Leere laufen wird. Die institutionelle Krise macht also die Grenzen des parlamentarischen Systems der USA sichtbar.

Sozialwissenschaftler_innen sprechen von Post-Demokratie

Zweitens ist die große Mehrheit der Bevölkerung entweder nicht mehr motiviert, sich als Teilnehmer des politischen Prozesses zu verstehen oder wird aufgrund ihres ökonomischen Status und der Grenzen des repräsentativen Systems an einer Teilnahme gehindert. Deshalb sprechen viele Sozialwissenschaftler_innen davon, dass wir uns gegenwärtig in einer »Post-Demokratie« befinden, in der genuin politische Auseinandersetzungen verschwinden. In diesem Sinne sollten wir die neue US-Regierung auch als Ausdruck einer größeren, systematischen Krise verstehen. Es macht keinen Sinn, Trump als die große Ausnahme zu betrachten; er realisiert vielmehr die im System liegenden Möglichkeiten.

Die Krise der US-Demokraten und die Politik, die Trump vertritt, gehen im Grunde auf die Politik der US-Regierung seit den Anschlägen im Jahre 2001 zurück; man braucht sich nur noch einmal die Positionen zu Terrorismus und Immigration im Patriot Act genauer anzuschauen. Zudem: Unter Obama haben so viele Abschiebungen wie noch nie zuvor stattgefunden, und die Einreisebeschränkungen für Bürger_innen aus Ländern wie dem Irak hat es auch unter ihm gegeben. Unter Obama haben die USA 2012 nur 31 und 2013 nur 36 Geflüchtete aus Syrien aufgenommen, weil Syrien als »Heimathafen für Terroristen« deklariert war. Das wurde von der großen Mehrheit der Demokrat_innen mitgetragen. Pro-

test gab es so gut wie keinen. Deswegen ist es im Grunde heuchlerisch, sich jetzt als US-Demokrat über die gegenwärtigen Zustände zu echauffieren. Stattdessen wäre linke Selbstkritik an der Tagesordnung.

Drittens kann man jetzt sehen, wie nah eine Demokratie, in der ein Hauptteil der Macht auf eine Einzelperson zentriert ist, am Ende der Monarchie und sogar der Tyrannei kommt. Im Prinzip sind »Exekutivanweisungen« dazu da, das Parlament, d.h. Debatte und Abstimmung, zu unterlaufen. Diese Form der Herrschaftsausübung kennen wir aber eigentlich nur von nicht-demokratischen Systemen. Die Trump-Regierung macht daher die Grenzen der existierenden Institutionen sichtbar, denn sie zeigt sehr klar, dass die präsidentielle Form der Demokratie im Prinzip, wenn wir von der rechtlichen Limitierung absehen, aristokratische und tyrannische Elemente enthält.

Das Phänomen der Verrechtlichung von Politik

Man muss auch beachten, dass das politische System in den USA oft unfähig ist, zu parlamentarischen Entscheidungen zu kommen. Wichtige politische Entscheidungen, einmal von der Außenpolitik abgesehen, werden in den USA oft durch Gerichte getroffen. Das Verfassungsgericht ist in den USA daher eine politische Instanz, und die erste politische Reaktion der Trump-Gegner_innen nach den Immigrationsbeschränkungen war dann auch, die Trump-Regierung vor Gericht anzuklagen und Gelder für mögliche Gerichtsprozesse bereitzustellen. Dieses Phänomen der Verrechtlichung von Politik sollten wir nicht nur als einen positiven Ausdruck der Gewaltenteilung und der »checks and balances«, sondern vor allem als Ausdruck der Unfähigkeit des demokratischen Systems der USA verstehen, die Regierung parlamentarisch und politisch zu begrenzen. ●

Christian Lotz ist Professor für Philosophie an der Michigan State University.